

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	1
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	2
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	8
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	11
<b>Abschnitt I: Die Behandlung von Bauleistungen im Umsatzsteuerrecht .....</b>	12
1. Grundsätze des Umsatzsteuerrechts .....	12
1.1. Was ist die Umsatzsteuer? .....	12
1.2. Der Unternehmer als Steuerschuldner .....	13
1.3. Der Vorsteuerabzug in der Unternehmertkette .....	13
1.4. Rechnungen gem. § 11 .....	13
1.5. Entstehung der Umsatzsteuerschuld .....	14
1.5.1. Sollbesteuerung gem. § 19 Abs. 2 .....	14
1.5.2. Istbesteuerung gem. § 17 .....	15
1.5.3. Anzahlungen .....	15
1.5.4. Optionsmöglichkeit .....	16
1.6. Die rechtzeitige Abfuhr der Umsatzsteuer beim Finanzamt .....	16
2. Die Reverse-Charge-Regelung .....	17
2.1. Allgemeines .....	17
2.2. Überblick über die Entwicklung des Reverse-Charge-Systems in Österreich .....	17
2.2.1. Einführung der Steuerschuldumkehr mit dem EU-Beitritt Österreichs .....	17
2.2.2. Ausdehnung der nationalen Regelung auf weitere Bereiche .....	18
2.3. Derzeitige Anwendungsbereiche von Reverse Charge in Österreich .....	19
3. Bauleistungen gem. § 19 Abs. 1a .....	20
3.1. Hintergründe der Reverse-Charge-Regelung im Bau- und Baunebengewerbe .....	20
3.1.1. Die Scheinunternehmen .....	20
3.1.2. Die daraus resultierende Problematik .....	20
3.1.3. Maßnahmen gegen die Betrugbekämpfung im Baugewerbe .....	21
3.2. Das 2. Abgabenänderungsgesetz 2002 .....	22
3.3. Die Tatbestände des § 19 Abs. 1a .....	22
3.4. Was ist eine Bauleistung? .....	23
3.4.1. Allgemeines .....	23
3.4.2. Grenzfälle .....	24
3.4.3. Leistungen, die definitiv keine Bauleistungen darstellen .....	25
3.4.4. Leistungen, die ausdrücklich als Bauleistungen definiert werden .....	26
3.4.5. Auflistung von Bauleistungen in der Rechnung .....	27
3.5. Unternehmer, der selbst mit der Erbringung der Bauleistungen beauftragt ist .....	27
3.5.1. Mitteilungspflicht an den Subunternehmer über die Beauftragung .....	28
3.5.2. Folgen bei Verletzung der Mitteilungspflicht .....	28
3.6. Unternehmer, der seinerseits üblicherweise Bauleistungen erbringt .....	28
3.6.1. Wann erbringt ein Unternehmer „üblicherweise“ Bauleistungen? .....	28
3.6.2. Die Mitteilungspflicht .....	29
3.6.3. „Anhang 4“ der UStR 2000 .....	29
3.6.4. Wichtige Grenzfälle .....	30

3.7.	Die Überlassung von Arbeitskräften .....	31
3.7.1.	Arbeitsgemeinschaften (ARGE) .....	31
3.8.	Zweifelfälle hinsichtlich der Beurteilung von Bauleistungen .....	32
3.9.	Kleinunternehmer und der Übergang der Steuerschuld .....	32
3.9.1.	Der leistende Unternehmer als Kleinunternehmer .....	32
3.9.2.	Der Leistungsempfänger als Kleinunternehmer .....	33
3.10.	Übersicht .....	33
3.11.	Gesonderte Rechnungsstellung und Aufzeichnungspflichten .....	33
3.11.1.	Zusätzliche Rechnungsanforderungen bei Reverse Charge .....	33
3.11.2.	Aufzeichnungspflichten und buchhalterische Erfassung .....	34
3.12.	Entstehung der Steuerschuld in der Bauwirtschaft .....	35
3.12.1.	Abweichungen bei der Sollbesteuerung .....	35
3.12.2.	Abweichungen bei der Istbesteuerung .....	35
3.12.3.	Anzahlungen .....	36
3.12.4.	Teilleistungen in der Bauwirtschaft .....	36
3.13.	Auswirkungen des § 19 Abs. 1a auf die Gemeinden .....	38
3.13.1.	Die Gemeinde als leistender Unternehmer .....	38
3.13.2.	Die Gemeinde als Leistungsempfänger .....	38
4.	Grenzüberschreitende Regelungen .....	39
4.1.	Bauleistungen im Zusammenhang mit ausländischen Unternehmern .....	39
4.1.1.	Der ausländische Unternehmer als Subunternehmer .....	39
4.1.2.	Der ausländische Unternehmer als Generalunternehmer .....	39
4.2.	Die Bauabzugssteuer in Deutschland .....	39
4.2.1.	Der Tatbestand der §§ 48–48d dESTG .....	39
4.2.2.	Befreiung vom Steuerabzug .....	40
4.2.3.	Folgen des Steuerabzugs .....	40
4.2.4.	Auswirkungen der Bauabzugssteuer in Bezug auf österreichische Unternehmen	41
5.	Resümee .....	41
<b>Abschnitt II: Die Auftraggeberhaftung im ASVG .....</b>		42
1.	Allgemeine Grundsätze des ASVG .....	42
1.1.	Grundsätzliches .....	42
1.2.	Beginn und Ende der Versicherung im Arbeitsverhältnis .....	42
1.2.1.	Beginn .....	42
1.2.2.	Ende .....	42
1.2.3.	Höhe und Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge .....	43
2.	Die Auftraggeberhaftung .....	44
2.1.	Gründe für die Neuregelung 2009 .....	44
2.1.1.	Die professionellen Beitragshinterziehungen im Baugewerbe .....	44
2.1.2.	Die Gewinner des Sozialbetrugs .....	45
2.1.3.	Die Verlierer .....	45
2.2.	Einführung der Auftraggeberhaftung (AGH) .....	46
2.2.1.	Der Zweck der AGH .....	46
2.2.2.	Das Ziel der AGH .....	46
2.2.3.	Der Geltungsbereich und der Bezug zu § 19 Abs. 1a UStG .....	46
2.3.	Der Haftungstatbestand der §§ 67a–67d ASVG .....	47
2.3.1.	Welche Sozialversicherungsbeiträge sind von der Haftung betroffen? .....	47

2.3.2. Betragsmäßige Beschränkung .....	47
2.3.3. Zeitliche Beschränkung .....	48
2.3.4. Eintritt der Haftung .....	48
2.4. Haftungsbefreiung .....	49
2.5. Das Dienstleistungszentrum als Servicestelle .....	49
2.6. Die HFU-Gesamtliste .....	50
2.6.1. Voraussetzungen für die Aufnahme in die HFU-Liste (§ 67b Abs. 1) .....	50
2.6.2. Die Kritik der Jungunternehmer .....	51
2.6.3. Unternehmensumgründungen .....	52
2.6.4. Untersagen der Aufnahme bzw. Streichung aus der Liste .....	53
2.7. Zahlung von 20 % des Werklohns an das DLZ .....	54
2.7.1. Allgemeines .....	54
2.7.2. Überweisung mit Datenmeldung an das DLZ .....	54
2.7.3. Weiterleitung der Haftungsbeträge an die Krankenversicherungsträger .....	55
2.8. Das Recht auf Konteneinsicht .....	55
2.8.1. Einsicht ins Beitragskonto .....	55
2.8.2. Einsicht in das Auftragnehmerkonto .....	55
2.9. Verrechnung und Rückerstattung von Guthaben .....	56
2.9.1. Das Recht auf Verrechnung bzw. Rückzahlung .....	56
2.9.2. Verweigerung der Guthabensrückzahlung .....	57
2.10. Die AGH im Zusammenhang mit den Ein-Personen-Unternehmen (EPU) .....	58
2.10.1. Die ursprüngliche Problematik für EPU .....	58
2.10.2. Das Bestätigungsschreiben für EPU .....	58
2.10.3. Haftungsbeschränkung .....	60
2.11. Erweiterter Haftungstatbestand .....	60
2.11.1. Umgehungsgeschäfte .....	60
2.11.2. Verletzung von Auskunftspflichten .....	61
2.12. Auskunfts- und Einsichtspflichten .....	61
2.12.1. Auskunftspflicht der Dienstnehmer .....	61
2.12.2. Auskunfts- und Einsichtspflicht des Auftraggebers .....	61
2.12.3. Auskunfts- und Einsichtspflichten von Dienstgebern .....	62
2.12.4. Verletzung der Auskunftspflichten durch Unternehmer .....	62
2.12.5. Behördliche Auskunftspflichten .....	62
2.13. Geltendmachung der Haftung .....	63
3. Verfassungsrechtliche Überlegungen .....	63
3.1. Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz? .....	63
3.2. VfGH-Rechtsprechung zur Haftung von Abgabenverbindlichkeiten Dritter .....	63
3.2.1. Öffentliches Interesse .....	64
3.2.2. Rechtsbeziehung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer .....	64
4. Die AGH im Insolvenzfall .....	64
4.1. Insolvenz des Auftragnehmers .....	64
4.1.1. Erfüllung des Werkvertrags vor Insolvenzeröffnung .....	65
4.1.2. Werkvertrag vor Insolvenzeröffnung nicht erfüllt .....	65
4.2. Insolventer Auftraggeber .....	65
4.2.1. Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung .....	65
4.2.2. Keine Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung .....	66
4.3. Verhältnis der AGH zum IEF .....	66

4.3.1. Allgemeines zum IEF .....	66
4.3.2. Vorrang der AGH .....	67
5. Grenzüberschreitende Überlegungen .....	67
5.1. Überblick über die Regelung in Deutschland .....	67
5.2. Der ausländische Auftragnehmer in Österreich .....	68
5.2.1. Allgemeines .....	68
5.2.2. Grenzüberschreitende Dienstleistung .....	68
5.2.3. Gründung einer Niederlassung in Österreich .....	69
5.3. Der inländische Auftragnehmer in einem anderen EU-Mitgliedstaat .....	69
6. Resümee .....	70
<b>Abschnitt III: Die Auftraggeberhaftung im EStG .....</b>	<b>71</b>
1. Das Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 .....	71
2. Die Auftraggeberhaftung für lohnabhängige Abgaben .....	71
2.1. Die Ähnlichkeit zur ASVG-Haftung .....	71
2.2. Der Haftungstatbestand des § 82a EStG .....	72
2.2.1. Geltungsbereich der Haftung .....	72
2.2.2. Welche Abgaben werden als „lohnabhängige Abgaben“ bezeichnet? .....	72
2.2.3. Höhe und Eintritt der Haftung .....	72
2.3. Haftungsbefreiungsmöglichkeiten .....	73
2.3.1. Allgemeines .....	73
2.3.2. Auftragnehmer scheint in der HFU-Liste auf .....	73
2.3.3. Zahlung von 5 % des Werklohns an das DLZ .....	74
2.3.4. Zuordnung der Haftungsbeträge durch das DLZ .....	74
2.4. Konteneinsicht .....	75
2.5. Rückerstattung von Guthaben .....	75
2.6. Unterschiede zur Haftung nach den §§ 67a ff. ASVG .....	75
2.6.1. Ermessensentscheidung über die Aufnahme bzw. den Verbleib in der HFU-Liste .....	75
2.6.2. Zustimmung des Finanzamtes über die Wiederaufnahme .....	76
2.6.3. Durchgriffshaftung und Guthabensrückerstattungen .....	76
2.6.4. Die Geltendmachung der Haftung .....	76
3. Weitere wichtige Änderungen für die Bauwirtschaft .....	76
3.1. Änderungen des EStG 1988 .....	76
3.1.1. Nettolohnvereinbarung bei nicht gemeldeten Arbeitnehmern (§ 62a EStG) ....	76
3.1.2. Kalendertag als Lohnzahlungszeitraum (§ 77 EStG) .....	77
3.1.3. Steuerschuldnerschaft des Arbeitnehmers bei Schwarzarbeit (§ 83 EStG) ....	77
3.1.4. Verstärkte Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger mit Finanzbehörden (§ 89 EStG) .....	77
3.1.5. Mitteilung bei Auslandszahlungen (§ 109b EStG) .....	77
3.2. Änderungen in anderen Steuergesetzen .....	78
3.2.1. KSt-Zuschlag bei unterbliebener Empfängerbenennung (§ 22 KStG) .....	78
3.2.2. Verlängerung der Verjährungsfristen (§§ 207, 209 BAO) .....	78
3.2.3. Erweiterung der Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen durch die Finanzpolizei (§ 12 AVOG) .....	79
4. Resümee .....	79

<b>Abschnitt IV: Die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse aus Sicht des Unternehmers .....</b>	80
1. Allgemeines .....	80
2. Rechtsgrundlagen .....	80
3. Sachbereiche Urlaub, Abfertigung und Winterfeiertage .....	80
3.1. Geltungsbereich BUAG .....	81
3.1.1. Persönlicher Geltungsbereich .....	81
3.1.2. Sachlicher Geltungsbereich .....	81
3.1.3. Mischbetriebe .....	81
3.1.4. Konsequenzen .....	82
3.2. Zuschläge zum Lohn .....	82
3.2.1. Sachbereich Urlaub .....	82
3.2.1.1. Festsetzung .....	82
3.2.1.2. Entrichtung .....	82
3.2.1.2.1. Urlaubsanspruch und Anwartschaft als Ausgangspunkt ...	82
3.2.1.2.2. Beschäftigungszeiten .....	83
3.2.1.2.3. Anwartschaftswochen .....	83
3.2.1.2.4. Urlaubsentgelt .....	84
3.2.1.2.5. Abfindung .....	84
3.2.1.2.6. Nichtverbrauch/Verfall .....	84
3.2.1.3. Berechnung .....	85
3.2.1.4. Meldepflichten und Vorschreibung .....	85
3.2.1.4.1. Nichtbezahlung .....	86
3.2.1.5. Vergütete Nebenleistungen .....	86
3.2.1.6. Sonderbestimmungen bei Entsendung .....	86
3.2.1.7. Zusammenfassung Ablauf .....	87
3.2.2. Sachbereich Abfertigung .....	88
3.2.2.1. Festsetzung .....	88
3.2.2.2. Entrichtung .....	88
3.2.2.3. Berechnung .....	88
3.2.2.4. Auswahlpflicht Betriebliche Vorsorgekasse .....	88
3.2.2.5. Meldepflichten und Vorschreibung .....	89
3.2.3. Sachbereich Winterfeiertage .....	89
3.2.3.1. Festsetzung .....	89
3.2.3.2. Entrichtung .....	89
3.2.3.3. Berechnung .....	89
3.2.3.4. Meldepflichten und Vorschreibung .....	89
3.2.3.5. Winterfeiertagsvergütung .....	89
3.2.3.5.1. Berechnung .....	90
3.2.3.5.2. Vergütete Nebenleistungen .....	90
3.2.3.6. Ersatzweiser Anspruch .....	90
3.2.3.7. Zusammenfassung Ablauf .....	90
4. Sachbereich Schlechtwetter .....	91
4.1. Geltungsbereich BSchEG .....	91
4.2. Schlechtwetterentschädigung .....	91
4.2.1. Schlechtwetter und Arbeitsausfall als Ausgangspunkt .....	91
4.2.2. Entschädigungsanspruch .....	92

4.2.2.1. Ausmaß .....	92
4.2.2.2. Höhe .....	92
4.2.3. Baustellen im Ausland .....	93
4.2.4. Rückerstattung .....	93
4.2.5. Schlechtwetterentschädigungsbeitrag .....	93
5. Pflichten nach dem BUAG .....	93
5.1. Offenlegung von Lohnaufzeichnungen .....	94
5.2. Mitwirkungspflichten bei Baustellenkontrollen .....	94
5.3. Auskunftspflichten .....	94
6. Die Kosten in der Praxis .....	95
6.1. Urlaub .....	95
6.1.1. Zuschläge .....	95
6.1.2. Urlaubsentgelt .....	96
6.1.3. Vergütete Nebenleistungen <sup>272</sup> .....	96
6.1.4. Jahressummen Arbeitgeber .....	96
6.2. Abfertigung .....	96
6.2.1. Zuschläge .....	96
6.3. Winterfeiertage .....	97
6.3.1. Zuschläge .....	97
6.3.2. Feiertagsentgelt .....	97
6.3.3. Refundierung .....	97
6.4. Schlechtwetter .....	98
6.4.1. Schlechtwetterentschädigung .....	98
6.4.2. Schlechtwetterentschädigungsbeitrag .....	98
6.4.3. Rückerstattung .....	98
6.5. Jahresergebnis Arbeitgeber .....	99
<b>Anhang 4 der UStR 2000: Unternehmer, die üblicherweise Bauleistungen erbringen</b> .....	100
<b>Wichtige Adressen und Formulare</b> .....	107
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	113
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	116